

**Reaktionen von Unterzeichnern des  
Appells zur Umbenennung der Emil-Abderhalden-Straße  
auf den Aufruf des Vereins Zeit-Geschichte(n) zum Überdenken der Unterschrift**

Prof. Dr. Blocher	16. 12. 2013
Prof. Dr. Brands	18. 12. 2013
Prof. Dr. Fajen	18. 12. 2013
Prof. Dr. Höland	12. 12. 2013
Prof. Dr. Nell	16. 12. 2013
Prof. Dr. Pies	16. 12. 2013
Prof. Dr. Rottenburg	16. 12. 2013
Prof. Dr. Schorch	16. 12. 2013
Prof. Dr. Varwick	16. 12. 2013

**16.12.2013**

**Prof. Dr. Felix Blocher**

Seminar für Orientalische Archäologie und Kunstgeschichte, Institut für  
Alttertumswissenschaften, Phil. Fak. I  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Sehr geehrte Frau Bohley, sehr geehrte Frau Kupke, sehr geehrter Herr Dr. Grashoff,

besten Dank für Ihre Zusendung, die ich mir genau anschauen werde. Die Sache liegt  
jetzt in den Händen des Stadtrats, und selbstverständlich werde ich jede dort gefällte  
Entscheidung akzeptieren.

Mit freundlichen Grüßen,  
Felix Blocher

**18. 12. 2013**

**Prof. Dr. Gunnar Brands**

Institut für Alttertumswissenschaften  
Seminar für Orientalische Archäologie und Kunstgeschichte  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Sehr geehrte Frau Bohley, Sehr geehrte Frau Kupke, Sehr geehrter Herr Dr. Grashoff,

da ich zum Kreis der fünf Erstunterzeichner gehöre, fühle ich mich bemüßigt, Ihnen auf  
Ihre 'Erwiderung' zu antworten. Und das, obwohl die bisherigen Kommentare zu Ihrem  
Aufruf –ich nenne hier besonders die Beiträge der Kollegen Nell, Pies, Höland und Fajen–  
bereits die wesentlichen Argumente zur Sprache gebracht haben. Ihnen kann ich mich  
vorbehaltlos anschließen, denn auch ich vermag in ihrem Aufruf keine Argumente zu  
erkennen, die mich zum Umdenken zwingen würden.

Die bisher vorgebrachten Einwände gegen unsere Initiative sind sattsam bekannt.  
Entweder handelt es sich, darin werden wir übereinstimmen, um simpel gestrickte  
Einlassungen, wie sie etwa in den Leserbriefen der MZ zum Ausdruck kommen, auf die  
ich hier nicht näher eingehen muß: sie stammen zumeist aus dem niedrigen Luftraum  
über deutschen Stammtischen. Oder sie bedienen sich –und das trifft, wie ich denke, auf  
Ihre 'Erwiderung' zu– der in der historischen Forschung oft beschriebenen

apologetischen Rechtfertigungsrhetorik aus den Tagen der frühen Bundesrepublik, mit all ihren Vereinfachungen und Zynismen.

Über Einzelheiten in der historischen Bewertung Abderhaldens wird man jetzt und in Zukunft zweifellos streiten können und müssen; darauf wurde in den Antworten der Kollegen bereits mehrfach hingewiesen. Entscheidend bleibt: Abderhalden ist als Wissenschaftler und Präsident der Leopoldina ein Mitglied des nationalsozialistischen Establishments, ein Wegbereiter der NS-Eugenik und ein "Steigbügelhalter" (ein Begriff, der für den Althistoriker Joseph Vogt geprägt wurde) der nationalsozialistischen Machteliten, kurz: ein Täter oder – um es neutral zu formulieren – ein Akteur auf der Bühne der Wissenschaftspolitik im 'Dritten Reich'.

Wer an der eindrucksvollen –vom Rektorat organisierten– akademischen Gedenkveranstaltung ("Ausgeschlossen") am 27. November 2013 teilgenommen hat, wird wissen, das von den 43 vertriebenen Hochschullehrern unserer Universität mindestens acht ermordet oder in den Tod getrieben wurden. Die Erinnerung an sie und die Überlebenden wurde so erfolgreich getilgt, daß von einigen unserer ehemaligen KollegInnen noch nicht einmal Fotografien erhalten geblieben sind. Von den AssistentInnen und Studierenden unserer Universität, die von den Nationalsozialisten vertrieben wurden, fehlt häufig genug jede Spur. Solange noch nicht einmal die Zahl, die Namen und die Lebensläufe der Opfer bekannt sind, besteht, wie ich denke, keinerlei Anlaß, sich der Täter und Akteure anzunehmen und sie durch Straßennamen zu ehren. Es besteht, worauf Herr Kollege Fajen völlig zu Recht hingewiesen hat, eben ein Unterschied zwischen Geschichte und Gedächtnis.

Wenn es Ihnen und der Leopoldina mit Ihrem Engagement für Abderhalden wirklich ernst ist, möchte ich Ihnen einen Vorschlag machen, der zur Feuerprobe für ihre Initiative werden könnte: stellen Sie im Stadtrat den Antrag, auf dem naturwissenschaftlich-medizinischen Campus eine Abderhalden-Straße einzurichten. Oder überzeugen sie den Präsidenten der Leopoldina, der ebenfalls keinen Anlaß sieht, von Abderhalden abzurücken, den Jägerberg (die Postadresse der Leopoldina) entsprechend umzubenennen. Meine Prognose: weder die Leopoldina noch Ihre Initiative werden den Mut zu einem solchen Schritt aufbringen, der Halle und die Akademie endgültig diskreditieren würde.

Unserem Bündnis dagegen geht es darum, Schaden von Universität und Stadt abzuwenden, indem die Abderhalden-Straße noch vor dem Einzug des GSZ umbenannt wird - und zwar auf ganzer Länge (vgl. den anderslautenden Vorschlag des Rektors unserer Universität, MZ, 5.12.13, S. 2). Für eine solche Umbenennung sprechen gute Gründe.

Ihnen allen eine besinnliche Weihnachtszeit. Mit freundlichen Grüßen,  
Gunnar Brands

**18. 12. 2013**

**Prof. Dr. Robert Fajen**

Professor für franz. u. italien. Literaturwissenschaft sowie italien. Kulturwissenschaft  
Institut für Romanistik  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

### **Gedächtnis, nicht Geschichte:**

Eine Replik auf die Forderung des Vereins „Zeit-Geschichte(n)“ im Streit um die Umbenennung der Emil-Abderhalden-Straße

Der Verein „Zeit-Geschichte(n) e. V. – Verein für erlebte Geschichte“ hat vor einigen Tagen die Unterzeichner der „interfakultären professoralen Initiative zur Umbenennung der Emil-Abderhalden-Straße“ aufgefordert, ihre Unterschrift zu „überdenken“. In seinem Aufruf wirft der Verein der Initiative vor, „ein negatives Zerrbild Abderhaldens“ zu vermitteln, „das seine wissenschaftlichen und sozialpolitischen Verdienste nicht angemessen berücksichtigt.“ Es mangle an Differenzierung: „So war Abderhalden zwar Eugeniker, aber kein Verfechter der Rassentheorie, was ein großer Unterschied ist. Er gehörte keineswegs zum NS-Establishment, wenngleich er die Gesundheitspolitik der NSDAP unterstützte – wobei man sich jedoch seine Motive genauer anschauen sollte.“ Der Verein meint, man könnte auf diese Weise abwägen:

„Kritikwürdige Punkte, insbesondere sein großer wissenschaftlicher Irrtum (Abwehrfermente), heben seine sonstigen wissenschaftlichen Leistungen (z. B. in Ernährungsphysiologie und Biochemie) nicht auf.“ Ich bin versucht zu entgegnen: Das gilt auch umgekehrt, und warum ist das eine nur ein „Punkt“, das andere aber eine „Leistung“?

Doch darum geht es nicht. Als Literatur- und Kulturwissenschaftler beschäftige ich mich (unter anderem) mit dem fundamentalen Unterschied zwischen Geschichte und Gedächtnis. Diese Differenzierung zieht eine weitere nach sich: Straßenschilder sind nicht Medien historischer Abwägung, sondern – mit Pierre Nora gesprochen – Erinnerungsorte (*lieux de mémoire*). Das heißt, in einem Straßennamen materialisiert sich eine bestimmte ‚Erinnerungspolitik‘, die selbst wiederum historisch wandelbar ist. Wird eine Straße nach einer Person benannt, so wird damit deutlich gemacht, dass über die Bedeutung dieser Person ein gesellschaftlicher Konsens herrscht, der mögliche Widersprüche überdeckt. Mit anderen Worten, ehrende Gedächtnispraktiken gehen nicht mit historischen Differenzierungen einher, sie schließen sie vielmehr grundsätzlich aus. Ich nenne ein anschauliches Beispiel: Im Falle der Richard-Wagner-Straße in Halle akzeptieren auch Wagner-Skeptiker den allgemeinen Konsens über seine musikgeschichtliche Bedeutung – bekanntlich schwärmen bis heute sehr kunstsinnige Menschen, die Wagner wegen ihrer Herkunft wohl verabscheut hätte, für seine Kompositionen. Trotz aller Vorbehalte käme ich nicht auf die Idee, eine Umbenennung dieser Straße in Halle zu verlangen, weil ich den erinnerungspolitischen Konsens, den ihr Name symbolisiert, nachvollziehen kann.

Nun ist aber im Falle Emil Abderhaldens offenkundig, dass es diesen Konsens nicht gibt, dass, wie eine gut zwanzig Jahre währende Diskussion zeigt, die Bewertung seiner Verdienste umstritten ist, dass, vorsichtig ausgedrückt, sein wissenschaftliches Werk große Ambivalenzen aufweist und dass schließlich, um es klar auszusprechen, sein Wissenschaftsverständnis als Physiologe der 1920er, 1930er und 1940er Jahre unvereinbar ist mit dem Wissenschaftsverständnis der heutigen Geistes- und Sozialwissenschaften, die im kommenden Jahr in Halle in die nach ihm benannte Straße ziehen sollen.

Jeder Versuch einer historischen Kasuistik lässt diese Widersprüche nur umso deutlicher hervortreten. In seinem Aufruf, von der Forderung nach einer Umbenennung

Abstand zu nehmen, erklärt der Verein, Abderhalden sei „Eugeniker, aber kein Verfechter der Rassentheorie“ gewesen. Mir genügte, ehrlich gesagt, schon das anscheinend unstrittige Attribut „Eugeniker“, um die Benennung einer Straße nach einer so charakterisierten Person entschieden abzulehnen. Die Anmaßung, menschliche Entwicklung Zuchtplänen unterwerfen zu können und dabei zwischen ‚lebenswert‘ und ‚lebensunwert‘ zu unterscheiden, kann in meinen Augen unmöglich eine besondere Auszeichnung verdienen. Auch die Frage nach Abderhaldens rassentheoretischen Positionen ist keineswegs so klar zu beantworten, wie es der Aufruf des Vereins suggeriert: In den *Nova Acta Leopoldina, Neue Folge*, Band 7, Nr. 46 (1939) veröffentlichte Abderhalden einen Beitrag mit dem Titel „Rasse und Vererbung vom Standpunkt der Feinstruktur von blut- und zelleigenen Eiweißstoffen aus betrachtet“, in dem er auf S. 75 behauptete, dass „die einzelnen Rassen mit der [phantomatischen, meine Hinzufügung] A[bderhaldenschen] R[eaktion] scharf unterschieden werden konnten“ (zitiert nach: Andreas Frewer, *Medizin und Moral in Weimarer Republik und Nationalsozialismus. Die Zeitschrift „Ethik“ unter Emil Abderhalden*, Frankfurt a. M.: Campus, S. 169). Auch die Gegner einer Umbenennung der Emil-Abderhalden-Straße werden mir zustimmen, dass dies ein schlimmer Satz ist, der schlimme Implikationen haben konnte und hatte – und zwar ganz konkret: Wie Andreas Frewer in seiner Studie (S. 175ff.) dargelegt hat, bezog sich Josef Mengele in seinen Menschenexperimenten in Auschwitz auf die (falsche) Theorie der „Abwehrfermente“ als Marker ‚natürlicher‘ Differenzen.

Zweifellos verdient der Präsident der Leopoldina, der 1939 glaubte, Rassen physiologisch differenzieren zu können, die Aufmerksamkeit der Geschichtswissenschaften. Und zweifellos sollten die Historiker bei ihren Untersuchungen abwägend vorgehen und ein differenziertes, möglichst ‚gerechtes‘ Gesamtbild rekonstruieren. Vermutlich war Abderhalden, in den Worten Primo Levis, „ein typisch graues Menschenexemplar, einer der nicht wenigen Einäugigen im Reich der Blinden“. Kein Dämon also, aber auch kein Vorbild. Kein Nazi, aber auch kein Mann des Widerstands.

Wie auch immer indessen diese geschichtlichen Urteile ausfallen, sie müssen von Gedächtnispraktiken wie der Vergabe von Straßennamen „scharf“ unterschieden werden. Auf dieser Differenz möchte ich beharren. Verdient der Autor der oben genannten Schrift, der Produzent eines solchen ‚Wissens‘, dass eine Straße an ihn erinnert und dass man ihm so in herausgehobener Weise Anerkennung zollt?

Noch einmal: Hier geht es um Gedächtnis, nicht um Geschichte. Hier geht es um die *politische* Frage, ob eine Emil-Abderhalden-Straße heute noch vertretbar ist, nicht um die absurde Frage, ob man Emil Abderhalden mit einem Straßennamen historische Gerechtigkeit widerfahren lassen kann. Hier geht es um ein aktuelles Toponym, das seiner erinnernden Funktion gemäß Widersprüche verhüllt, nicht um historisches Abwägen, das Widersprüche aufdeckt.

Ich habe den Aufruf zur Umbenennung unterzeichnet, weil ich der Ansicht bin, dass für ein Geistes- und Sozialwissenschaftliches Zentrum eine „Emil-Abderhalden-Straße“ als Adresse unpassender nicht sein könnte. Abderhalden vertrat eine biologistische Weltanschauung; seine ethischen und politischen Überlegungen waren, wie die Zitate deutlich machen, von der Überzeugung bestimmt, man könne moralische Maßstäbe aus ‚natürlichen‘, ‚gesetzmäßigen‘ Unterscheidungen ableiten wie ‚Rasse‘, ‚Vererbung‘,

„Fortpflanzung“, „Physis“ etc. Mit ebendiesen hochriskanten Argumentationsstrukturen aber setzen sich die modernen Geistes- und Kulturwissenschaften heute kritisch auseinander, auch an der Martin-Luther-Universität – und so treten Straßennamen und Institution in einen unauflösbaren Widerspruch, ja es entsteht eine nach außen hin kaum vermittelbare Dissonanz, die dem Ansehen der Universität erheblich schadete. Um noch einmal auf das Beispiel der „Richard-Wagner-Straße“ zurückzukommen: Man stelle sich vor, man wollte, irgendwo in Deutschland, eine Synagoge erbauen, mit einem solchen Straßennamen als Adresse. Wäre das eine kluge, eine abwägende Erinnerungspolitik? In diesem Fall würde ich mich auch gegen eine „Richard-Wagner-Straße“ aussprechen. Kein Straßennamen steht außerhalb der Differenz von Erinnerung und Geschichte, kein Straßennamen ist unveränderlich und für die Ewigkeit.

\*

*Weiter siehe Chronologie*

12. 12. 2013

**Prof. Dr. Armin H ö l a n d**

Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Arbeitsrecht und Recht der Sozialen Sicherung,  
Auslandsbeauftragter der Juristischen Fakultät  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Liebe Frau Bohley,

ich bleibe bei meiner Unterstützung des Kritikprojekts „Emil-Abderhalden-Straße“ und will das kurz mit folgenden Erwägungen begründen.

Ich habe alle drei Schreiben, die Sie mir in Kopie beigefügt haben, aufmerksam gelesen; das von Herrn Kollegen Gläser kannte ich bereits. Aus meiner Sicht verdienen alle drei Schreiben für eine historio- und biographische Würdigung von Person und Werk von Emil Abderhalden Beachtung. Alle drei Schreiben heben, mit unterschiedlicher Intensität, vielfältige Verdienste und Lebensleistungen von Abderhalden hervor und machen auf die Handlungsbedingungen in einer totalitären Staatsordnung aufmerksam, verfehlen aber aus meiner Sicht den für die Unterschriftenaktion entscheidenden Punkt.

Es geht mit dem Antrag auf Umbenennung der Straße nicht um eine umfassende Auseinandersetzung mit Emil Abderhalden als Person, als Wissenschaftler und als Präsident der Leopoldina in den Jahren 1933 bis 1945; die wäre auf diese Weise nicht ernsthaft und verantwortlich zu leisten. Hierzu bedarf es selbstverständlich umfassender und quellengestützter Untersuchung. Es geht allein um den Zusammenhang der mit diesem Namen verbundenen Symbolik und der Kennzeichnung des Standortes des neuen Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Zentrums (GSZ) der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Das, was ich über Emil Abderhalden weiß, genügt mir, um ihn als Namensgeber für den neuen universitären Standort ungeeignet erscheinen zu lassen. Ich betone *erscheinen* zu lassen. Es ist hier ähnlich wie bei der Ablehnung eines Richters wegen Befangenheit vor Gericht, wenn Sie mir diesen juristischen Vergleich gestatten. Die „Besorgnis der Befangenheit“ führt zur Ablehnung eines Richters, wenn ein Grund vorliegt, der geeignet ist, Misstrauen – in den Prozessordnungen: gegen die Unparteilichkeit eines Richters, in unserem Fall gegen die Symbolkraft des Namens – zu rechtfertigen. Entscheidend ist die Außenwirkung, das Erscheinen, das, was sich mit dem Zeichen des Namens verbindet. Und das ist für mich ausreichend problematisch, um für eine Umbenennung dieser Straße zu plädieren.

Der sachliche Gehalt der Kritik wird in dem Schreiben von Herrn Gläser bestätigt, wenn auch teilweise anders bewertet. Dass Eugenik in den 1910er bis 1940er Jahren in Deutschland ein verbreitetes bio-wissenschaftliches und gesundheitspolitische Programm war, ändert nichts daran, dass Eugenik nach der durch sie mitverursachten Vernichtungspraxis in Deutschland und Europa nicht mehr Programm sein kann und darf.

Auch hier gibt es eine Parallele zum Recht. Viele Juristen haben ab 1933 völkisch gedacht und publiziert und judiziert. Auch das war damals nichts Besonderes, eher der Hauptstrom des Denkens. Aber nach der auch juristisch vorbereiteten Katastrophe des Dritten Reichs würden wir bestimmte prominente Namen der Rechtswissenschaft zwischen 1933 und 1945 – ungeachtet individueller Verdienste und der Handlungszwänge in einer Diktatur – heute nicht mehr als Zeichen, als symbolische Referenz im Zusammenhang einer Kultur- und Bildungseinrichtung der grundgesetzlich verfassten Bundesrepublik.

Mit freundlichen Grüßen,  
Armin Höland

\*

*Weiter siehe Chronologie*

16. 12. 2013

**Prof. Dr. Werner Nell**

Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft (Komparatistik)  
Germanistisches Institut  
Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg

An den Vorstand des Vereins Zeit-Geschichte(n),  
sehr geehrte Damen und Herren,

da Sie mir als einem der Unterzeichner des Vorschlags, die Abderhalden-Straße umzubenennen, persönlich geschrieben haben, werden Sie es mir nicht übelnehmen, persönlich zu antworten.

Dass es in einem Leben, zumal einem langen und im 20. Jahrhundert, Grauzonen und Widersprüche gibt, auch Fehlverhalten und Fragwürdigkeit, wird wohl einfach in Rechnung zu stellen sein. Aber ist dies ausreichend, um an der Benennung einer Straße nach jemandem festzuhalten, an dessen Handeln und Wirken sich eben solche Widersprüche „ohne Auflösung“ festmachen und damit von weitergehender Fragwürdigkeit zeugen? Dies gilt um so mehr, wenn eine Universität wie die unsere in dieser Straße ein Zentrum für geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung einrichtet, ein Zentrum, das in einer Welt sichtbar werden will, zu deren Koordinaten nicht nur die UNO-Menschenrechtserklärung mit ihrer Absage an Rassismus, Antisemitismus und Gewaltherrschaft von 1948 zählt, sondern auch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland von 1949, das nun eben nicht von Abderhalden und seinesgleichen und auch von keinen anderen Unterstützern einer zeitgenössischen NSDAP-"Gesundheitspolitik" geschrieben wurde.

Die MLU heute und zumal das einzurichtende Geistes- und Sozialwissenschaftliche Zentrum dürften sich wohl eher (genau genommen ganz) der mit 1948 und 1949 angesprochenen Tradition, also einem deutlichen Bekenntnis zu Rechtstaatlichkeit, Menschenrechten und Demokratie verpflichtet sehen, so dass die Frage weiter besteht, ob es nicht respektablere Personen gibt, an deren Wirken und Bedeutung eine internationale den Menschenrechten und auch dem Wissensstand seit 1945 verpflichtete Forschung anknüpfen könnte?

Was die von Ihnen mitgeschickte "Erwiderung" angeht, so möchte ich doch drei Punkte kurz ansprechen, die mir nicht nur für die apologetische Tendenz des Briefes und seiner Intentionen charakteristisch zu sein scheinen, sondern auch den ggf. anfallenden Schaden, statt ihn abzuwenden, für unsere Universität erheblich vergrößern könnten, wenn denn die Diskussion über die Stadt- und Landesgrenzen hinaus Beachtung finden sollte.

1. Im Blick auf Abderhalden in der NS-Zeit, wie in Ihrem Brief, davon zu sprechen, es gehe "auch um das Verhalten in Diktaturen", scheint mir einer verharmlosenden Egalisierung des Nationalsozialismus und insbesondere seiner ideologisch (rassistisch) motivierten Destruktivität gegenüber ganzen Bevölkerungsgruppen Vorschub zu leisten, was wohl dem aktuellen Forschungs- und Diskussionsstand zum NS kaum mehr entspricht. Dass für die „Biopolitik“ (Michel Foucault) des Nationalsozialismus gerade sogenannte „rassenhygienische“, „eugenische“, an „Volksgesundheit“ und „Volkskraft“ orientierte Vorstellungen – und zwar gerade deshalb weil sie von prominenten Wissenschaftlern vertreten und „als“ Wissenschaft gesehen wurden, Ausschlaggebend waren, macht den hier in Rede stehenden Fall „Abderhalden“ um so brisanter. Immerhin war er doch der 1. Vorsitzende des am 27. Februar 1915 in Halle gegründeten Bundes „zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft“. Wenn die wenigen Zitate, die Frank Hirschinger in seiner 2001 in der Reihe „Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismus-Forschung“ erschienenen Dissertation „Zur Ausmerzung freigegeben‘. Halle und die Landesheilanstalt Altscherbitz 1933-1945“ auf S. 42-46 anführt, stimmen, scheint mir für Apologien und Kontextualisierungen, Abwägungen oder auch Darum herumreden noch jede Menge Platz zu sein, die Grundlagen für ein ehrendes Gedenken Abderhaldens in einer der Aufklärung und den Menschenrechten ebenso wie dem Humanismus und der Selbstreflexion verpflichteten Universitätsstadt scheinen mir dagegen nicht mehr gegeben.

„Als sogenannte ‚Hauptkampfgebiete‘ nannte Abderhalden [im Schreiben an den Kurator der Universität vom 26. 9. 1935 – Universitätsarchiv PA 3826 – WN] die ‚Bekämpfung der Freigabe der Abtreibung, [...] Stellungnahme gegen Freud, Kampf gegen Alkoholismus und Nikotinismus, Eintreten für Eugenik...“. (Hirschinger 2001: 43) In der 1921 veröffentlichten Broschüre „Das Recht auf Gesundheit“ schreibt Abderhalden: „Solange der Staat ungeheure Summen ausgeben muss, um lebensuntüchtige Individuen mühsam am Leben zu erhalten, so lange er Millionen für geistig Minderwertige auswerfen, gewaltige Kranken- und vor allem Irrenhäuser unterhalten muss, bleibt für die körperlich und geistig Gesunden immer nur ein Bruchteil jener Summen übrig, die zur Verfügung ständen, müsste nicht so eine gewaltige Zahl von Opfern mangelhafter Fürsorge für die Gesunderhaltung gepflegt werden.“ (ebd.)

2. Was ist denn bitte vor diesem Hintergrund unter der in der Erwiderung

genannten, von Abderhalden „unterstützten NS-Gesundheitspolitik“ zu verstehen, die doch, so wissen wir es spätestens seit Alexander Mitscherlichs und Fred Mielkes Buch "Medizin ohne Menschlichkeit" (1960; zuvor 1947/1949), Gesundheit auf die "Lebenswerten" beschränkte, und für die „Unwerten“ Krankheit, Folter, "Experiment", „eugenische“ Forschung und Mord brachte, rechtfertigte und propagierte

3. Der nachfolgende Satz des Schreibens erscheint mir noch ein wenig befremdlicher (irgendwie auch "ungeheuer") – eben auch hinsichtlich der Frage, was denn da überhaupt gemeint sein soll und welche Zeiten/Jahre/Erfahrungen sich hinter "jederzeit" verbergen:

*"Die Ausschlüsse jüdischer Mitglieder der Leopoldina handhabte Abderhalden im Gegensatz zu allen anderen deutschen Akademien so, dass weder die Öffentlichkeit noch die Betroffenen etwas davon erfuhren und sie jederzeit revidiert werden konnten, was bereits am 9. Mai 1945 geschah."*

Wussten also noch nicht einmal die Betroffenen davon, was ihnen (oder Verwandten, Freunden, Kollegen, gleichermaßen Verfolgten und/oder der Vernichtung Preisgegebenen) nach 1933 geschah und konnten sie – ausgeschlossen aus der Leopoldina ohne ihr Wissen - unbehelligt weiterarbeiten und leben? War die Revision "jederzeit" möglich, also beispielsweise auch schon am 20. Januar 1942 oder wenigstens im Jahr, in den Monaten vor dem 9. Mai 1945? Muss Apologie so sein? Inzwischen hat Herr Berg (in einem an mich gerichteten Schreiben) den oben zitierten Text korrigiert und vorgeschlagen, statt des „jederzeit“ ein „gegebenenfalls“ einzusetzen. Ob der Text dadurch haltbarer im Sinne der Argumentation zu einer deutlicheren Rechtfertigung Abderhaldens wird, überlasse ich den verständigen LeserInnen.

Dass es auch anders hätte sein können, ja bis 1933 Eugenik und rassetheoretische Orientierung keineswegs widerspruchlos dem „Zeitgeist“ entsprachen, hätte Abderhalden in der eigenen Universität bemerken können, lehrte doch der österreichische Volkswirt Otto Friedrich Hertz (1876-1964) von 1929 bis zu der aufgrund seiner jüdischen Herkunft erfolgenden Vertreibung im Jahr 1933 als Soziologe und Direktor des Instituts für Staatswissenschaften ebenfalls an der Halleschen Universität. Hertz, der Ende der 1920er Jahre zu den führenden und keineswegs unbeachteten Kritikern jedweder Art von Spekulationen hinsichtlich der biologischen oder rassetheoretischen Determinierung menschlichen Kultur- und Sozialverhaltens gehörte, hatte bereits in seinem erstmals 1904 erschienenen Buch „Moderne Rassetheorien“ historisch, empirisch und auch wissenschaftstheoretisch biologistischem Determinismus die Grundlage entzogen. Nachdem er im Frühjahr 1933 Opfer einer Hetz- und Schmutzkampagne seitens der NS-Studentenschaften geworden war, konnte Hertz mit seiner Familie nach Großbritannien flüchten. An ihn, Mitbegründer der 1922 gegründeten Pan-Europa-Union, erinnert in Halle außerhalb des gerade publizierten Gedenkbandes der Universität zur Erinnerung an die ab 1933 vertriebenen Hochschullehrer nichts. So viel nur um zu sagen, dass auch noch im Jahr 1933 und danach der Käfig der Ideologie und des Terrors nicht so eng war, als dass es keinerlei Alternative zur Mimikry (wenn es das denn war) an die Verhältnisse gegeben habe. Dass Abderhalden widersprüchlich war, ggf. schwach, Fehler gemacht hat und vielleicht auch ideologischen Besessenheiten unterlag, - auch „Gutes“ wollte - macht ihn wohl zu einem Menschen; für die Benennung einer Straße nach ihm, zumal als Adresse eines Lehr- und Forschungszentrums, das auch hoffentlich über die Stadtgrenzen hinaus Beachtung findet, sehe ich dagegen keinen Anlass.



Mit freundlichen Grüßen  
Werner Nell

\*

*Weiter siehe Chronologie*

16. 12. 2013

**Prof. Dr. Ingo Pies**

Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät  
Wirtschaftswissenschaftlicher Bereich  
Lehrstuhl für Wirtschaftsethik  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Sehr geehrter Herr Dr. Grashoff,  
sehr geehrte Mitunterzeichner des Aufrufs von „Zeitgeschichte(n) e.V.“, vielen Dank für Ihren Brief vom 15. Dezember, auf den ich gern antworte. Sie verweisen in Ihrem Schreiben auf die „wissenschaftlichen und sozialpolitischen Verdienste“ Emil Abderhaldens, die Sie angemessen berücksichtigt sehen wollen. Zudem stellen Sie die Behauptung auf, dass einzelne „kritikwürdige Punkte“ seine wissenschaftlichen Leistungen nicht aufheben. Diese Argumente erwecken den Eindruck, dass Sie die auch von mir mitgetragene Initiative zur Umbenennung der Emil-Abderhalden-Straße offenbar nicht richtig verstanden haben. Dieser Initiative geht es nicht darum, Abderhalden etwaige wissenschaftliche oder sozialpolitische Verdienste abzuspochen. Es geht auch nicht darum, diese Verdienste gegen Verfehlungen aufzurechnen, um ein möglichst ausgewogenes Urteil über die gesamte Lebensleistung zu fällen. Stattdessen kommt es den Initiatoren allein darauf an, Emil Abderhalden aufgrund unbestreitbarer Tatsachen für so kompromittiert zu halten, dass es der Stadt Halle möglich sein sollte, einen besser geeigneten Straßennamen für das neue Geistes und Sozialwissenschaftliche Zentrum zu finden.

Mit freundlichen Grüßen  
Ingo Pies

16. 12. 2013

**Prof. Dr. Richard R o t t e n b u r g**

Institut für Ethnologie und Philosophie  
Philosophische Fakultät I  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Sehr geehrte Frau Bohley, Frau Kuppe und Herr Grashoff,

auf Ihre Email und Ihren Aufruf vom 15. Dezember haben Sie aus dem Kreis der Unterzeichner der Initiative zur Umbenennung der EAS nun schon mehrere durchdachte und ausführliche Antworten erhalten, denen ich nichts wesentlich Neues hinzuzufügen habe. Da Sie mich persönlich angeschrieben haben, möchte ich Ihnen kurz auch persönlich antworten.

Ich finde es freilich begrüßenswert, dass Sie sich mit der Rekonstruktion der Biographie

von Emil Abderhalden beschäftigen möchten. Mit einer Umbenennung der Straße hat das indes sehr wenig zu tun, wie meine Kollegen inzwischen wiederholt überzeugend dargelegt haben.

Die von Ihnen selbst hervorgebrachten Beobachtungen zu Abderhalden reichen allemal dafür aus, die Straße dringend umzubenennen. Die von Ihnen unterstrichene Unterscheidung zwischen Eugenik und Rassentheorie mag von großem wissenschaftshistorischem Interesse sein, aber wenn diese Unterscheidung zur besseren politischen Einordnung Abderhaldens ins Spiel gebracht wird, dann wird mir nicht nur sehr unwohl zumute, sondern es wird mir übel. Dagegen macht mir Ihr Hinweis auf die vermeintlich subversive Intention des Ausschlusses jüdischer Mitglieder aus der Leopoldina regelrecht Angst.

Shalom

PS: Schramm, Katharina, David Skinner & Richard Rottenburg (eds) 2011. Identity politics and the new genetics: Re/Creating Categories of Difference and Belonging. Oxford: Berghahn.

16. 12. 2013

**Prof. Dr. Stefan Schorch**

Theologische Fakultät

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Sehr geehrte Frau Bohley, sehr geehrter Herr Grashoff, sehr geehrte Frau Kupke, gestatten Sie mir eine kurze Reaktion auf Ihren Brief und Aufruf:

Letzterer strebt vorgeblich nach "differenzierteren Einsichten", und wenigstens einer der Mitunterzeichner Ihres Aufrufes hat sich ja von der MZ auch schon sehr deutlich und grundsätzlich dahingehend zitieren lassen, was er darunter versteht:

"Wer in einer Diktatur leben, arbeiten und eine Familie schützen muss, wird immer wieder gezwungen, vorseilenden Gehorsam zu praktizieren." (Dietmar Gläser)

Ich weiß, daß Zeitungen bisweilen ungenau zitieren, aber da es m.W. kein Dementi gegeben hat, muß ich davon ausgehen, daß der Satz auch so gemeint ist. Ich selbst halte ihn nicht nur für ganz undifferenziert, sondern vor allem für zynisch und für den Ausdruck der Verachtung von Opfern wie Widerständigen, in allen Diktaturen, in diesem Land und darüber hinaus. Und ich schäme mich, daß ihn eine Hallische Zeitung abdruckt, ohne daß öffentlicher Protest folgt.

Was die differenzierte Bewertung Emil Abderhaldens angeht, so halte ich die durchaus für notwendig. Allerdings ist die Benennung einer Straße nun einmal kaum dafür geeignet, um eine Person "differenziert" zu bewerten - Ihr Argument richtet sich also gegen Sie selbst. Sie wollen offensichtlich nicht differenzieren, sondern Sie wollen einen Straßennamen bewahren, warum auch immer.

Ansonsten, verzeihen Sie meine Schlichtheit, bin ich auch weiterhin ganz simpel der Meinung, daß jemand, der Juden aus der Leopoldina ausgeschlossen hat, auch dafür verantwortlich ist und jedenfalls nicht noch geehrt werden sollte.

Stefan Schorch

\*

*Weiter siehe Chronologie*

16. 12. 2013

**Prof. Dr. Johannes Varwick**Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und europäische Politik  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Sehr geehrter Herr Dr. Grashoff, sehr geehrte Frau Kupke, sehr geehrte Frau Bohley,

Danke für Ihre Nachricht. Ich sehe nichts, was unseren Aufruf in Frage stellen würde.  
Lassen Sie mich dazu nur kurz anmerken, dass

1) ich keinerlei Ambitionen habe, in die Abderhaldenforschung einzusteigen und als Politikwissenschaftler mit vollkommen anderen Themen befasst bin, insofern ist der Aufruf ganz generell auch kein wissenschaftlicher Beitrag, sondern die subjektive Meinung von Privatpersonen, die im Beruf Hochschullehrer sind, die künftig an dieser Straße arbeiten müssen;

2) wir haben klare Argumente, die unbestritten sind, und haben daraus eine ebenso klare politische Forderung abgeleitet. Wir erheben uns da über nichts und niemanden, sondern versuchen nur, im demokratischen Wettstreit für unsere Positionen zu werben;

3) ich teile Ihren Wunsch, eine breitere Debatte anzustoßen - und die gibt es ja auch nun in Halle - mit gleichwohl teilweise sehr erschreckenden (und bezeichnenden) Inhalten.

Mit freundlichen Grüßen  
Johannes Varwick

\*

***Weiter siehe Chronologie***